

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Bernh. Otte, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Deutschland muß leben!

Und soll's in Kampfeswettern
Rings um uns her zugrunde gehn;
Wag's dich und mich zerschmettern,
Das Reich, das Reich, es muß bestehn!

In Fesseln geschlagen!

Zur brutalen Vergewaltigung des deutschen Volkes durch das Diktat von Paris.

Eine tiefe Erregung hat das gesamte deutsche Volk ergriffen. Das ist nur zu begreiflich, wenn man bedenkt, daß die Lage, in die Deutschland durch das Pariser Diktat gebracht ist, noch viel verzweifelter ist als wie jene vom Mai 1919, wo in Deutschland die Bedingungen eines sogenannten Friedensvertrages bekannt wurden. Jetzt steht das deutsche Volk vor der erschütternden Tatsache, auf ein ganzes Menschenalter hindurch der Schuldknecht und der Lohnsklave fremder Völker zu werden. In 42-jähriger Zwangsarbeit soll Deutschland an die alliierten Mächte die wahnsinnige Summe von 226 Milliarden Goldmark abtragen. Und das, obgleich Deutschland nach den Bestimmungen des sogenannten Friedensvertrages von Versailles zur Zahlung einer eigentlichen Kriegsentwädigung gar nicht verpflichtet ist, sondern nur zur Wiedergutmachung der durch den Krieg entstandenen Schäden. Wie hoch diese aber in Wirklichkeit sind, ist bis jetzt auch von den Alliierten noch nicht festgestellt worden. Ganz fraglos sind darum

die Pariser Bedingungen in jeder Beziehung vertragswidrig.

Wir Deutschen suchen in jedem einzelnen Falle die Bestimmungen des „Friedensvertrages“ loyal zu erfüllen, und auf der anderen Seite zeigt uns wieder erneut das Pariser Diktat, mit welchen Sprüngen und Widersprüchen die Ententepolitik vorgeht.

Was in Paris beschlossen wurde, ist nichts anderes als wie nur

eine Fortsetzung des Krieges

mit anderen Mitteln. Die Summe von 226 Milliarden Goldmark — in Papiermark umgerechnet 3000 Milliarden — ist mehr als das ganze deutsche Volkvermögen beträgt. Es ist ein Wahn- und ein Widersinn, das deutsche Volk, das schon durch die bisherigen Forderungen der Siegerstaaten hart an den Rand des Abgrundes gebracht wurde, jetzt noch diese ungeheuerlichen finanziellen Lasten aufzubürden. Diese Aufzehrung von 226 Milliarden, in Raten auf 42 Jahre, kommt auf

eine vollständige, wirtschaftliche Versklavung des deutschen Volkes

hinaus, namentlich der arbeitenden Bevölkerung, aus deren Schweiß doch alle Werte herausgeholt werden sollen, die hier gefordert werden. Die von den alliierten Mächten in Paris festgesetzten Entschädigungssummen zu zahlen, ist einfach unmöglich. Die Höhe der Summen übersteigt jedes Maß.

Infolge der Pariser Noten soll sich Deutschland ferner verpflichten, auf jede Kreditnahme außerhalb seines Gebietes zu verzichten, die nicht die Zustimmung der Wiedergutmachungskommission findet. Das gilt nicht nur für die deutsche Regierung, sondern auch für jede Staatsgemeinschaft, für die Gemeinden und für einzelne Unternehmungen. Durch diese und andere Bestimmungen der Pariser Noten sollen die Besiegten nicht nur erniedrigt werden, sondern ihre ganze Energie will man ersticken.

Wir sollen nicht nur Teile des Reichgebietes verlieren, nicht nur allein unsere ganze Organisation im Ausland, unsere Schiffe und unsere Kolonien, sondern wir sollen überdies noch gezwungen werden, für die Sieger zu arbeiten, um Kriegsschäden zu bezahlen, die nicht nur von uns allein, sondern in viel härterer Weise noch von den Siegern abgefordert werden sind. Einer der

herborragendsten Männer der Entente hat es einmal im Parlament erklärt: „Die Verträge sind das Mittel, um den Krieg gegen den Feind auch im Frieden fortzusetzen!“

Die besiegten Länder, die fast alle ihre Hilfsquellen verloren haben, müssen für den Feind arbeiten, um die Freiheit in 42 Jahren zu erlangen. Dieser Fluch für das deutsche Volk hat kein Beispiel in der modernen Geschichte. Man muß schon auf ganz ferne Zeiten des Menschengeschlechtes zurückgehen, um etwas Ähnliches zu finden.

Eine andere wirtschaftlich wichtige Tatsache in den Pariser Noten ist die Ausfuhrabgabe. Diese Ausfuhrabgabe von 12 Prozent auf das gesamte Gebiet der deutschen Exportindustrie

ist einerseits unbillig stark und andererseits nach innen und außen schädlich. Außenminister Simons hat dazu im Reichstag ganz richtig bemerkt: „Entweder das Ausland trägt diese 12 Prozent, dann wird uns das vielfach bei denjenigen Staaten Schwierigkeiten schaffen, mit denen wir in aussichtsreichen Zukunftsverhandlungen stehen, und wir würden dazu kommen, die Neutralen mit teilnehmen zu lassen an der Abtragung der deutschen Kriegsschuld, oder sie müssen von uns bezahlt werden. Mit einem Sinken der Konjunktur und einem Steigen der Preise sinkt der Unternehmergewinn und die ganze Auflage bleibt haften auf der Arbeiterschaft. Auf diese Weise

kommen wir zu einer Art Gefangenenerbeit.“

Es ist bekannt, daß eine Gefangenenerbeit stets eine sehr unliebame Konkurrenz der freien ehrlichen Arbeit ist. Ein Deutschland, das 42 Jahre lang für die Entente eine derartige Gefangenenerbeit macht; wird den Markt der ganzen Welt schädigen. Umso größer ist die Gefährdung unserer deutschen Industrietätigkeit, als gerade von dieser Ausfuhrabgabe allein die Abtragung der fügen Summe abhängt. So äußerte sich im deutschen Reichstag Minister Dr. Simons über die Wirkungen der von der Entente geforderten Ausfuhrabgabe. Es ist auch unbefriedigend, daß diese Abgabe insbesondere ruinos wirken wird für unsere deutsche Textilindustrie, da ein verhältnismäßig umfangreicher Absatz gerade die Textilindustrie im Ausland hat.

Eine sozialdemokratische Zeitung in Dänemark wendet sich in einem Leitartikel aufs schärfste gegen die neuen Ententeforderungen an Deutschland und nennt sie, namentlich im Hinblick auf die zu erwartende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse,

eine schandliche Hohn- und ein unbarbarisches und grausames Todesurteil.

Die Zeitung fährt fort: „Wenn die Sieger das ganze deutsche Volk nach Afrika deportiert und in die Sahara gejagt hätten, so wäre das menschlicher gewesen. Wir betrachten es als sicher, daß die Arbeiter der ganzen Welt, auch die der siegreichen Länder, sich erheben und gegen diese Entschädigung protestieren werden, denn ein Sklavenleben, wie es der deutschen Arbeiterklasse zugebacht ist, wird selbstverständlich nur dazu beitragen, daß die Arbeiter auch in anderen Ländern in das schwärzeste Elend geraten. Das deutsche Volk wird natürlich diese wahnsinnige Entschädigung nicht bezahlen, und die Sieger können den Betrag nicht eintreiben. Selbst die schwärzesten Soldaten werden auf die Dauer zu einem 42-jährigen Wünderungszug in einem zum Tode verurteilten Lande untauglich sein.“

Von einem Lande, das sich in einem Zustande wie Deutschland befindet, können ganz unmöglich die oben mitgeteilten phantastischen Summen herausgeholt werden. Diese Zweifel scheinen auch selbst den Ententevertretern der Pariser Konferenz gekommen zu sein, denn sie haben sich auch schon auf sogenannte Sanktionen, zu deutsch auf diese Zwangsmaßnahmen und Strafandrohungen geeinigt. Die sogenannten Sanktionen beziehen sich auf folgende Punkte:

1. Für den Fall, daß Deutschland den Bestimmungen von Paris nicht nachkommt, weitere Besetzung der Rheinlande über den vertragmäßigen Rahmen hinaus.

2. Besetzung neuer Gebiete Deutschlands.
3. Errichtung eines selbständigen Zollgebietes im Rheinland.
4. Widerspruch gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Die deutsche Reichsregierung hat durch ihren Vertreter, dem Außenminister Dr. Simons im Reichstag erklären lassen, daß auf der Grundlage der Pariser Ententestexten nicht verhandelt werden könnte. Diese Verhandlungen selbst auch weiterhin zu führen, hat Dr. Simons natürlich nicht abgelehnt. Die Haltung der Parteifractionen war, mit Ausnahme der Kommunisten, bei dieser schweren Gefährdung unserer Nation einmütig. Das gesamte deutsche Volk und alle politischen Parteien — ausgenommen hiervon sind nur wieder die ganz linksstehend Uebervadikalen — haben sich auf den Boden der Erklärung der Regierung gestellt.

Die Unmöglichkeit der Erfüllung der Pariser Bedingungen

muß aber nicht nur das deutsche Volk, sondern muß die ganze Welt einsehen. Das deutsche Volk muß sich jetzt auf eine Art Willensprobe gefaßt machen. Wie der deutsche Regierungsvertreter ganz treffend im Reichstag ausgeführt hat, sind vor allem in dieser politischen Weltkrise

deutsche Arbeiterinteressen auf das allerschwerfste gefährdet.

Darum müssen die angeklagten neuen Gewaltandrohungen von Seiten der Entente vor allem den allerschärfsten Widerspruch der deutschen Arbeiterschaft herausfordern.

Die Verwirklichung der Forderungen der Alliierten bedeutet in allererster Linie

dauernde Versklavung der deutschen Arbeiterschaft.

Deutschlands schon jetzt völlig zerrüttete Wirtschaft und unterernährte Arbeiterschaft würden zu Grunde gehen. Die Pariser Beschlüsse und der aus ihnen sprechende Geist werden von uns mit aller Schärfe zurückgewiesen. Wir christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen wollen uns ganz besonders in dieser über unser Leben auf Generationen hinaus entscheidenden Frage auf den gleichen Boden stellen mit allen anderen deutschen Ständen. Für ein Volk, wie es das deutsche ist, darf es kein Ende und keinen Untergang geben. Es muß und es wird weiterleben!

Unsere heiligste Pflicht muß es darum sein, daran mitzuarbeiten, daß es nicht noch tiefer ins Unglück komme. Diese ungeheuren Zumutungen der Alliierten wird und kann das deutsche Volk und die deutsche Regierung niemals annehmen. Eine Selbstverleugung kann man vom deutschen Volke nicht verlangen. Angesichts der wirtschaftlichen Erbrosselung und der nationalen Schmach muß für uns die Sammlung und Einigung aller wahrhaft deutsch empfindenden Elemente unabwiesbare Pflicht sein. Für uns christlich-nationale Arbeiter und Arbeiterinnen ist darum ganz besonders in dieser schweren Prüfungs- und Leidenszeit die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.

Vermehrter Arbeiterschutz — eine wichtige Aufgabe für unsere Betriebsräte.

Wie aus Nr. 7 unserer Textilarbeiter-Zeitung ersichtlich, hat unsere Verbandsleitung bei den maßgebenden Regierungsstellen einen weiteren Ausbau der Arbeiterschutzbestimmungen beantragt. Bei den kommenden Verhandlungen der Arbeiterschutzesetze wird auch hingewirkt werden müssen auf eine einheitliche und übersichtliche Zusammenfassung aller Bestimmungen, welche zum Schutze der Arbeiterschaft gegen wirtschaftliche, gesundheitliche und sittliche Schäden getroffen sind. Es ist dies dringend notwendig, damit sich die Arbeiter und insbesondere die Betriebsräte besser vertraut machen können mit all den einschlägigen Bestimmungen, deren Zusammenfassung aus den verschiedenen Gesetzgebungen, der Gewerbeordnung von

1869 mit ihren vielen Umgestaltungen und Ergänzungen, sowie den Bundesratsverordnungen und sonstigen Einrichtungen einem Laie kaum möglich ist. Kennt die Arbeiterschaft die zu ihrem Schutze geschaffenen Gesetze und Verordnungen nicht, so wird es mit deren wirksamer Durchführung meist schlecht bestellt sein und es liegen dann die besten Gesetze recht wenig.

Die Verhütung von weiteren Gesundheitschäden ist bei der durch Krieg, Hungerblöde, Feuertung und Überarbeitung insbesondere der Arbeiterinnen und der Jugendlichen, welche in der Nahrungindustrie tätig waren, äußerst geschwächten Arbeiterbevölkerung dringend notwendig; diese Verhütung ist wesentlich wichtiger als die nachträgliche Heilung der Gesundheitschäden und die Zahlung hoher Unterstufungen an Kranke und Erwerbsbeschränkte. Gesundheit und Arbeitskraft sind nicht nur eine der höchsten Güter für den Einzelnen, die große Zahl und die bestmögliche Leistungsfähigkeit der schaffenden Hände verhängt unserem verarmten deutschen Volke und Vaterlande zur Zeit am besten die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltwirtschaftsmarkt und damit die Möglichkeit der Beschäftigung und ausreichenden Ernährung unserer Sechzigmillionen auf deutschem Boden.

Wie außerordentlich traurig es um den Gesundheitszustand des deutschen Volkes bestellt ist und wie dringend notwendig deshalb für einen vermehrten Gesundheitsschutz im allgemeinen, wie besonders auch innerhalb der Betriebe gesorgt werden muß, sei nachfolgend näher beschrieben. Der weiße Tod, die Lungenschwindsucht, hat in erschreckender Weise um sich gegriffen. Es wurde festgestellt, daß in Preußen in 365 Orten mit zusammen 24.600.000 Einwohnern 1918 von je 10.000 15,7 an Tuberkulose gestorben sind, 1919 dagegen von je 10.000 27,1 d. h. 11,4 mehr.

Der Verlauf der Kurve der Tuberkulosesterbefälle hat sich seit dem Jahre 1912 folgendermaßen gestaltet:

Es starben in Preußen:

1913	56861	=	13,65	auf	10000	Lebende
1914	52577	=	12,27	"	"	"
1915	61008	=	14,45	"	"	"
1916	66544	=	15,78	"	"	"
1917	87032	=	20,52	"	"	"
1918	97581	=	23,00	"	"	"

Von besonderer Bedeutung ist die Verteilung der Tuberkulosesterbefälle auf die Altersklassen. An Tuberkulose starben von 10000 Lebenden derselben Altersklassen in den Jahren 1915—1918

Altersklasse	1913		1914		1917		1918	
	männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich
0-1	20,59	18,83	19,18	15,99	21,16	18,56	19,51	16,81
1-2	15,66	12,19	12,69	11,76	19,24	17,78	19,58	18,49
2-3	7,61	7,04	7,22	7,17	14,73	15,54	15,99	13,41
3-5	5,72	5,58	4,81	5,29	8,67	9,24	9,05	11,04
5-10	3,82	4,84	3,97	4,42	5,94	7,70	6,32	8,49
10-15	3,71	6,22	3,87	6,42	5,99	10,28	5,47	11,12
15-20	11,46	14,16	12,70	16,3	23,55	23,73	27,74	28,80
20-25	17,74	17,66	19,19	18,52	29,48	18,91	25,48	22,88
25-30	18,02	20,78	14,42	21,50	28,26	29,45	29,91	31,08
30-35	17,40	17,81	17,87	18,64	28,07	25,91	25,85	29,52
35-40	20,78	14,85	21,40	14,22	27,63	28,16	25,81	26,86
40-45	25,18	13,74	24,76	13,18	34,24	20,61	26,22	28,95
45-50	25,85	17,65	26,16	17,55	31,77	22,10	24,90	25,40
50-60	17,85	13,78	26,27	13,12	24,98	13,74	22,75	19,35
über 60	7,45	5,46	8,17	8,40	9,91	9,79	11,58	12,41
Summe	14,22	13,10	14,47	13,29	20,19	20,15	22,90	22,10

In Preußen starben an Tuberkulose von 10000 Lebenden im Jahre 1878 noch 32,51 Personen. Die energische Bekämpfung der Seuche hatte den Erfolg, daß im Jahre 1895 von 10000 Lebenden noch 23,26, im Jahre 1913 aber nur noch 13,65 Personen ihr Leben verloren. Die Zunahme der Tuberkulosesterbefälle im Laufe des Krieges bis auf 27,00 im Jahre 1918 von 10000 Lebenden hat demnach einen Zustand geschaffen, wie er im Jahre 1895 vorlag, aber die Tuberkulosesterbeziffer ist im Jahre 1918 gegenüber dem Jahre 1913 fast um das Doppelte gestiegen.

Aus einer Mitteilung des Preussischen Statistischen Landesamtes ist auch folgendes zu entnehmen. Wenn die Todesfälle infolge Kriegsverletzungen der Jahre 1914—19 außer Betracht gelassen werden, so zeigt sich bei Berücksichtigung des Jahres 1913, daß von allen Todesursachen die Tuberkulose mit der Zahl der Sterbefälle in den Jahren 1913 und 1914 an fünfter Stelle steht, 1915 nimmt sie schon die vierte Stelle ein, 1916 und 1917 rückt sie sogar in die zweite Stelle, nur noch übertroffen durch die Zahl der Todesfälle an Altersschwäche. Im Jahre 1918 überliefen die Sterbefälle an Tuberkulose auch die an Altersschwäche um fast 5000 und die Tuberkulose würde als Todesursache der Zahl nach in diesem Jahre an die erste Stelle rücken, wenn nicht die Influenza- (Grippe)-Epidemie und die mit ihr in engem Zusammenhang stehende Hungererkrankung nicht Opfer gefordert hätte, sodaß sie infolgedessen wieder an die dritte Stelle rückt. Doch unter den im Jahre 1918 an Influenza und Hungererkrankung Gestorbenen sind viele Tuberkulose befallen haben, dürfte keinen Zweifel unterliegen.

Wie der Krieg, seine Begleiterscheinungen und Nachwirkungen den Bevölkerungsumwuchs gehemmt und die Lebenskraft unserer Kinder und der heranwachsenden Jugend geschwächt hat, ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Die Zahl der Lebendgeborenen in 365 Orten mit zusammen 25 Millionen Einwohnern betrug im Jahre 1919 nach dem vorliegenden amtlichen Material 454.758 gegen 633.515 im Jahre 1913.

In Preußen starben Kinder im Alter von 1-5 Jahren im Jahre 1914 59.924, 1918 87.369, 1919 88.870, 1918 80.801.

obwohl die Geburtenziffer während dieser Kriegsjahre sich um etwa 40 v. H. verringert hätte.

Das sind geradezu erschreckende Zahlen. Sie müssen jeden, dem das Wohl unseres Volkes am Herzen liegt, von der dringenden Notwendigkeit eines vermehrten Schutzes der Gesundheit unserer Industriearbeiterschaft, die seit 1914 am meisten gelitten hat, unbedingt überzeugen. Insbesondere sollen sich die Betriebsräte weit mehr als dies zur Zeit geschieht, mit den Bestimmungen des Arbeiterschutzes vertraut machen und den Gesundheitsschutz innerhalb der Betriebe in weitgehendster Weise zu fördern suchen. Dazu sind sie insbesondere nach § 66 Ziffer 8 des Betriebsrätegesetzes verpflichtet. Dort heißt es:

Der Betriebsrat hat die Aufgabe, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen (das sind Unfallberufsgenossenschaften, Polizeibehörden, Krankenkassen, Versicherungskassen usw.) bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auslastung zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.

Außerdem sollen die Betriebsräte bei Aufstellung der Arbeitsordnung dafür sorgen, daß Bestimmungen über Benutzung und Reinigung der Kleider-, Wasch- und Speiserräume sowie der Bedürfnisanstalten, Bedienung der Säugmaschinen, Reinigung der Betriebsräume usw. aufgenommen werden, welche der Förderung des Gesundheitsschutzes dienen.

Es wird dringend notwendig sein, auf den nächsten Kurien- und Versammlungen unserer Betriebsräte die Fragen des Arbeiterschutzes an Hand der Gewerbeordnung, der Unfallverhütungsvorschriften und der sonst maßgebenden Bestimmungen eingehend zu behandeln, um zunächst die Betriebsräte mit diesen Fragen vertraut zu machen. Darüber hinaus muß jedoch auch in den Delegatens- und sonstigen Versammlungen der Arbeiterschaft sowie der Öffentlichkeit in aller Dringlichkeit die Notwendigkeit eines vermehrten Gesundheitsschutzes nachgewiesen werden.

Die angeführten Krankheits- und Sterblichkeitsziffern sollten auch den Textilarbeitern zum Bewusstsein bringen, wie unzulässig ihre Forderung auf eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit ist. Besonders mit Rücksicht auf die große Zahl der in unserer Textilindustrie beschäftigten Frauen und Mädchen, als den Trägerinnen des kommenden Geschlechts ist eine kurze Arbeitszeit und weitgehendster Schutz für Gesundheit und Leben unumgänglich notwendig. Wir erwarten bestimmt die äußerste Pflichterfüllung von unseren Betriebsratsmitgliedern auf diesem Gebiete.

H. F.

Im Reich des Phantastischen.

Im Verlag von Duncker und Humblot in München erschien im vorigen Jahre eine 244 Buchseiten umfassende Schrift von J. W. Keynes, Professor beim King's College, Cambridge (England) unter dem Titel: „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“. Dieses bedeutende Werk hat in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen erregt. Der Verfasser weist darin überzeugend die Unerschließbarkeit der Bedingungen des Versailles-Friedensvertrages nach. In keiner Gewerkschaftsbibliothek sollte diese Schrift fehlen. In „Der Tag“ Nr. 28 vom 3. Februar befindet sich an erster Stelle ein mit Entschädigung, die neuen Pariser Vorschläge“ überschriebener Aufsatz desselben Verfassers. In diesem bezeichnet Keynes die Pariser Vorschläge als ein neuer Schachzug in einem Spiele, durch den sich die Spieler jedenfalls nicht mehr hineinlegen lassen. Die Pariser Vorschläge könnten ebensovieleinig ernst gemeint sein, wie es der ursprüngliche Vertrag war. Ganz besonders erörtert er die Auswirkungen der Pariser Beschlüsse auf den Handel und die Industrie, vor allem auch in England. Unsere Ausfuhr müsse die Einfuhr mindestens um den Betrag übersteigen, der die Entschädigungszahlung da steht, und ein großer Teil der deutschen Stapelwaren — z. B. Metall- und Textilmanufakturwaren — kann überhaupt nur hergestellt werden, wenn die Rohstoffe ganz oder zum großen Teil vorher eingeführt worden sind. Die Möglichkeiten zur Lösung der deutschen Regierung gestellten Aufgaben werden von Keynes in das Reich des Phantastischen verwiesen. Er geht eingehender auf die zu lösenden Probleme mit folgenden beachtenswerten Bemerkungen ein:

Es würde leicht sein nachzuweisen, daß Deutschland, wenn es den ausgedehnten Ausfuhrhandel, auf dem sich die Pariser Vorschläge aufbauen, verwirklichen wollte, dies nur dadurch möglich machen könnte, daß es einige der Hauptzweige des Stapelhandels, die England auf den Weltmärkten betreibt, diesem wegnähme. Für was für Ausfuhrmöglichkeiten — möchten wir fragen — kann Deutschland außer seiner gegenwärtigen Ausfuhr im Jahre 1922 (um nicht weiter in die Zukunft zu blicken) einen Markt haben, der es ihm ermöglicht, eine Zahlung zwischen 50 und 200 Millionen Pfund Sterling (einschließlich der Ausfuhrabgabe) zu leisten, die es in diesem Jahre deutlich sein würde? Die fünf Hauptausfuhrartikel Deutschlands vor dem Kriege waren Eisen, Stahl und Maschinen, Kohle und Holz, Wolllwaren und Baumwollwaren. Welche von diesen Handels-

zweigen wird es nach der Ansicht von Paris in einem bisher noch nicht dagewesenen Maßstab entwickeln können? Oder sind es die genannten nicht, welche dann? Und wie soll es die Einfuhr von Rohstoffen, die außer bei Kohle und Holz eine voraussetzende Notwendigkeit für die Fabrikation sind, finanzieren, wenn die Erträge der fertigen Güter nicht ausreichen, die Preie zu bezahlen? Ich stelle diese Fragen mit Bezug auf das Jahr 1922, weil manche Leute die jetzige Ansicht hegen könnten, dieses stelle gewissermaßen einen möglichen Anfang dar, während die vorgeschlagene Regelung für die späteren Jahre (da kann nur die Zeit auflären) notwendigerweise problematischer Art sei.

Diese Fragen sind erst und sachlich, und sie verdienen eine Antwort. Sind die Pariser Vorschläge mehr als Wind, dann bedeuten sie in weitem Umfang eine Reorganisation der Kanäle des internationalen Handels. Wenn irgend etwas auch nur entfernt dem Vorstehenden wirklich beabsichtigt ist, so sind die Auswirkungen auf den Handel und die Industrie in England und anderswo unerschöpflich. Es ist ein Frevel, daß sie durch derartige Methoden der Polarisierung, von der die Nachrichten aus Paris kommen, herbeigeführt werden sollten.

Nach einer anderen Seite der Lage verolent Gewöhnung. Eine Summe von 200 Millionen Pfund Sterling (Gold) — um die mehr unmittelbar in Betracht kommende Summe zu nehmen — entspricht beim gegenwärtigen Wechselkurs mehr als 60 Milliarden Mark. Die augenblicklichen Einnahmen der deutschen Zentral-Regierung betragen annähernd 30 Milliarden und ihre Ausgaben ungefähr 100 Milliarden. Es wird dem Finanzminister dieses Landes, falls er seine laufenden Schulden bezahlen soll, die Aufgabe erwachen, seine Einkünfte zu verbleiben und zugleich seine Ausgaben auf die Hälfte zurückzuführen. Und dann wird er ein paar Jahre später seine Einkünfte wieder verdoppeln müssen. Da sind wir wieder einmal im Reich des Phantastischen.

Und wenn ihm das nicht gelingt, was soll dann geschehen? Nach einigen Blättern wird die Wiederherstellungs-Kommission einrücken, die Höhe der Steuern und die Steuern erheben. Welche eine Versuchung für ihn, sie sogleich herbeizubringen! Der Vorschlag ist, wenn er gemacht wurde, ein sehr gutes Beispiel dafür, wie die eine Idee genau soviel wert ist wie eine andere, sobald der Geist einmal den festen Erdboden verlassen hat und im Gebiet der Einbildung schweift.

Es ist noch nicht klar, welchen Einfluß diese neuen Vorschläge auf den Vertrag auszuüben beabsichtigen. Ähnlichend haben sie ihn auf (Apparently they supersede it). Sie führen Elemente ein, die der Vertrag nicht vorsieht. Sie fordern deshalb von Deutschland die Annahme eines neuen Vertrages. Es ist nicht möglich, die in ihnen enthaltene finanzielle Belastung genau mit der im Vertrag ausgedrückten zu vergleichen. Nach meiner Schätzung ist sie etwas geringer — zwei Drittel oder drei Viertel der Forderungen des Vertrages, wenn ich ein kühnes Rates wagen darf. Aber solange sie überaus maßlos sind, ist der genaue Grad, um welchen sie maßlos sind, nicht von Wichtigkeit. Solange unsere Forderungen in keinem Verhältnis zu den Lasten stehen, ist ihre genaue Formulierung bedeutungslos. Diese Vorschläge bringen uns also einer Lösung des europäischen Problems nicht näher. Die in Mitteleuropa gezogenen Teile sind durch sie nicht besser insstande zu werden, was Deutschland wirklich bezahlen wird, und demgemäß ihre Pläne einzurichten. Die Wiederherstellung des normalen wirtschaftlichen Lebens ist wieder für einen Zeitraum hinausgeschoben.

Mit dem nächsten Akt des Schauspiels muß man bis Ende Februar warten, wo eine Konferenz in London stattfinden wird, die auch von den Deutschen besucht wird. Diese wenigstens werden sie voraussichtlich ernsthaft nehmen. Denn alles, wozu sie jetzt ihre Zustimmung geben, wird eine moralische Autorität haben, die der Friedensvertrag niemals haben kann. Vielleicht rechnet Lloyd-George damit, daß ihm dies noch einmal Gelegenheit geben wird, durchzusetzen, was vernünftig ist. Vielleicht denkt er, er hätte die Franzosen um einen Schritt auf seinen Weg gebracht, und das wäre sehr geschickt von ihm gewesen, seine Kritiker wären ermüdet und ratlos, und er täte, wie er es zu tun pflegt, sein Bestes.

Aber wir werden der Verwicklung, in die wir geraten sind, durch keine Ausflucht und keinen Trick entkommen. Sicherlich wird eines Tages die Wahrheit ans Licht kommen. Sicherlich gibt es für eine Lage wie diese keinen Ausweg außer der aufrichtigen Aussprache. Die Vorstellung der beiden Premierminister in Paris, die, während Herr Douceur dazwischenmurmelt, in törichten Formeln wühlen, in Formeln, von denen sie alle wissen, daß sie falsch sind, ist für jeden, der sich darüber Rechenschaft gibt, die Vorstellung eines Unsinns schwarzen Nachtmahrs.

Allgemeine Rundschau.

Die Spaltung ist fertig.

Unter dieser Überschrift brachte die „Freie Presse“ in ihrer Nr. 25 vom 1. Februar folgenden Bericht der „Rheinischen Zeitung“ aus Köln:

„Bestern tagt (in Köln) eine vom Ortsverein des Deutschen Eisenbahnerbundes einberufene Mitgliederversammlung, an der der Kollege Preunig vom Hauptverband teilnahm. Er sollte über das Thema: „Die Aufgaben der Gewerkschaften“ reden. Die Kommunisten haben es fertig gebracht, diese Versammlung zu forcieren. Das Bizelet konnte nicht gehalten werden. Unter großem Tumult der Kommunisten wurde die Versammlung vertagt. Sie wurde dann von den Mitgliedern, die wirkliche Gewerkschaftsarbeit leisten wollen, in einem anderen Saal fortgesetzt.“

Die Spaltung ist vollzogen! Der alte Vorstand, der noch zu Recht besteht, fordert die Mitglieder des Deutschen

Wenigstens, soweit sie auf dem Boden des von ihnen selbst beschlossenen Statuts stehen, auf, der in der besonderen kommunikativen Verbindung gewählten Ortsverwaltung keine Gewalt zu lassen. Es wird darauf hingewiesen, daß kein anderer als der alte als Grund des Statuts gewählte Vorstand das Recht hat, Beiträge zu kassieren oder sonstige Funktionen auszuüben. Es ergeht an alle Mitglieder die Mahnung Treue zu halten. Der Mißbrauch zu politischen Zwecken ist der Untergang der Organisation. Nicht auch nicht betören. Wenn die Organisation zertrümmert ist, geht alles zum Teufel."

Also jetzt, wo die Zersplitterer aus ihren eigenen sozialistischen Reihen kommen, da erkennt man, daß der Mißbrauch zu politischen Zwecken der Untergang der Organisation ist. Wie ganz anders klang es doch damals, als christlich denkende und fähige Arbeiter in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts sich von den freien Gewerkschaften losgaben und christliche Gewerkschaften gründeten. Damals wurden diese von den freien Gewerkschaften als die Zersplitterer hingestellt, weil sie das arbeiterschädigende politische Treiben der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften nicht mitmachen wollten. Aber jetzt sind es ihre eigenen Leute, die auf Grund ihrer jahrzehntelangen Lehren praktische Tätigkeit ausüben wollen. Wie wenig dieses im Interesse des vernünftig denkenden Arbeiter liegt, darüber brauchen wir von unserer Seite kein Wort zu verlieren. Nur eins bleibt für uns als christliche Gewerkschaftler wichtig, heute zu konstatieren, wie recht wir hatten, uns von den freien Gewerkschaften zu trennen, weil sie den Keim des Zerfalls durch ihre politische Tätigkeit in den Gewerkschaften sich selbst gelegt haben.

Für jeden christlich und national denkenden Arbeiter und für jede Arbeiterin ist jetzt die Stunde gekommen, um sich grundsätzlich loszutrennen von den freien Gewerkschaften und sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, ehe das Haus über ihrem Kopfe ganz zusammenstürzt. Jetzt ist es Zeit, mal endlich alle Klugheit und Rücksichtnahme fallen zu lassen und mut- und kraftvoll auch nach außen hin zu bekunden, wessen Geistes Kind man ist. Darum heraus aus den freien Gewerkschaften und hinein in die christlichen Gewerkschaften, um dadurch die Reihen derer zu stärken, welche ernstlich bestrebt sind, die Rechte der Arbeiterschaft unter Wahrung der politischen wie religiösen Neutralität zu schützen.

Zunehmende Auswanderungen aus Sachsen.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse hat die Auswanderung aus Sachsen in der letzten Zeit ganz außerordentlich zugenommen. Aus einigen ostsächsischen Verwaltungsbezirken liegen Mitteilungen vor, daß dort vom Januar bis März 1920 794 Auswanderungsgesuche vorlagen und daß im April deren Zahl 885, im Mai 172, im Juni 359, im Juli 417, im August 354, im September 298, im Oktober 318, im November 321 betrug. Wie viele von diesen Auswanderungsgelüsten tatsächlich ausgewandert sind, läßt sich nicht feststellen, doch nimmt man an, daß ihre Zahl nicht wesentlich geringer war. In ganz bemerkenswerter Weise hat die Auswanderung nach Sowjet-Rußland nachgelassen. Die trüben Erfahrungen der Metallarbeiter, die im Frühjahr des vergangenen Jahres in Rußland ein Paradies zu finden hofften und dann bitter enttäuscht nach Deutschland zurückkehrten, haben dazu beigetragen. Die Gefahr, daß lästige und wertvolle Glieder unserer Volksgemeinschaft auswandern, droht aber augenblicklich erneut besonders im sächsischen Erzgebirge und dem Vogtlande, wo die hochentwickelte Textilindustrie fast zusammengebrochen ist.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Betriebsräte im Urteil einer Unternehmerzeitung.

Dem Betriebsrätegesetz, das in seinem Kern weitere Ausgestaltung des Gedankens der Arbeiterausschüsse darstellt, sind gleich bei Anbeginn für seine Aufnahme sowohl bei einem Teile der öffentlichen Meinung als auch der Unternehmer die Zeitumstände nicht günstig gewesen. Schon in seinem Namen erinnerte es an Arbeiter- und Soldatenräte unseligen Gedankens und an Rußland. Sein Entschien verbandte es nicht zum wenigsten dem Drängen der radikal-sozialistischen Kreise, die den Rätegedanken unter allen Umständen in der Verfassung „verankern“ und in dem Geise ein Beispiel des Willens zum Rätegedanken statuiert wissen wollten. Nicht zuletzt konnte der Umstand dem Gesetz wenig Anhang verschaffen, daß es mit manchen Bestimmungen nicht bloß tiefer als bisher in die Betriebsführung eingriff, sondern die Gefahr mit sich brachte, daß es zu einem Instrument würde in Händen einer radikalen Arbeiterschaft, die damals durch wilde, politische Streiks, Arbeitsunlust, und sonstige unheimliche Revolutionserregungen wenig Proben von echtem Sozialismus ablegte. Aus diesen und anderen Gründen fanden nicht bloß Unternehmer und auch sozial führende Kreise, sondern selbst die freien Gewerkschaften, wenn nicht gerade ablehnend, so doch sehr zweifelnd und zurückhaltend dem Rätegedanken gegenüber.

Um so mehr verdient das optimistische Urteil vermehrt zu werden, das wir in der deutschen Bergwerks-Zeitung vom 18. November in einer Betrachtung: „Zur Lage über die Betriebsräte wiederfinden, indem es hier heißt: Eine bedeutsame Aufgabe haben die Betriebsräte zu erfüllen. Die Erfahrungen, die man mit dieser Einrichtung auf den Werken gemacht hat, berechtigen zu den besten Hoffnungen. Viele Verwaltungen haben es offen ausgeprochen, daß sie die Betriebsräte nicht mehr missen möchten. Die Mitglieder dieser Stellen sind sich im allgemeinen ihrer Verantwortung wohl bewußt und bilden ein wertvolles Bindeglied zwischen Arbeiterschaft und

Verwaltung. Die großen Untugenden, die den Werken daraus erwachsen, daß die Betriebsratsmitglieder für ihre berufliche Tätigkeit kaum noch im Betracht kommen, machen sich auf andere Weise bezahlt. Da es den Verwaltungen nicht möglich ist, an den langen Beratungen der Betriebsräte immer selbst teilzunehmen, ist man bestrebt, geeignete, volkswirtschaftlich gebildete Kräfte heranzuziehen, die wiederum zwischen Betriebsräte und Verwaltung die Verbindung herstellen sollen.“ Diese Ausführungen können zu langen Betrachtungen Anlaß geben. Statt dessen zwei Feststellungen: die Befürchtungen, die man namentlich hinsichtlich der Mentalität der Arbeiter hegte, scheinen nicht eingetroffen zu sein. Dafür scheint die Durchführung des Gesetzes sich um so reibungsloser zu gestalten, mit je weniger Vorurteilen und Vorurteilengenommenheiten auch die Arbeitgeber an das Gesetz herangehen und den Willen zu einer ehrlichen, selbstlosen Zusammenarbeit mit den Arbeitern auf dem Boden und im Rahmen des Gesetzes zeigen.

Nach der Bergwerks-Zeitung sind die Arbeitgeberkreise, die das Blatt im Auge hat, nicht nur bereit, sich mit dem Betriebsrätegesetz abzufinden, sondern über dieses noch hinauszugehen. Das großindustrielle Organ bemerkt nämlich weiter: Man soll sich daher durch die Neuperipherie der radikalen Minderheit über die Unzufriedenheit der Arbeiter nicht betören lassen. Es ist festgestellt, daß diese Unzufriedenheit ganz erheblich nachgelassen hat. Die Arbeit in der Industrie nimmt im allgemeinen einen geregelteren Verlauf, und ein großer Teil der vorgekommenen Streitigkeiten wird ohne das Zutrittsintreten der Verwaltungen durch die Betriebsräte zur Zufriedenheit beider Teile erledigt. Man ist in der Industrie bereit, dem geordneten Mitbestimmungsrecht der Arbeiter dadurch Rechnung zu tragen, daß man geeignete Persönlichkeiten aus den Betriebsräten auf Grund der Ausgabe von Kleinaktien in den Aufsichtsrat übernimmt. Man zweifelt nicht daran, daß man mit dieser Vorgehensweise zufriedenstellend weiterarbeiten können.“ — Hier hätten wir also von Unternehmenseite den Willen zu einer Sozialisierung, die nicht in mechanistischen Auffassungen und bürokratischen Gebilden zu erstarrten droht, sondern von der Sache selbst ausgeht und den Bedürfnissen dieser Rechnung zu tragen gewillt ist.

Das Urteil der Bergwerks-Zeitung wird manchem vielleicht etwas unvermittelt kommen. Es gibt denjenigen Recht, die immer wieder betonen, daß es für die Durchführung des Betriebsrätegesetzes weniger auf die einzelnen Paragraphen, als auf den Geist ankomme, auf den christlichen Willen aller Beteiligten, es im Interesse des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaues nutzbar zu machen. Daß diese Erwartung nicht ausgeblieben ist, stimmt zu froher Genugung.

Aus unserer Industrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

zeigt zur Zeit ein wenig erfreuliches Bild. Der Rückgang der Rohstoffpreise veranlaßt die Käufer, auf allen Gebieten die größte Zurückhaltung zu üben, sodaß die Fabrikanten lediglich mit den früher erhaltenen Aufträgen beschäftigt sind und neue Orders nur in bestimmten Fällen erhalten. Es werden Betriebs einschränkungen nicht zu umgehen sein, sobald sich nicht allgemein die Lage bessert.

Aus der internationalen Textilindustrie

wird berichtet, daß sowohl in Frankreich wie in Belgien die Lage des Textilgewerbes sich nicht gebessert habe, dagegen ist in einzelnen skandinavischen Ländern, so besonders in Norwegen und Dänemark, für bestimmte Zweige eine kleine Besserung der Gesamtanlage unverkennbar. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika können die Fabrikanten des Textilgewerbes bedeutende Vorräte nicht abstoßen, ebenso hat sich die Lage in Japan in keiner Weise gebessert. In Südamerika sind die meisten Fabrikanten noch genügend beschäftigt, doch ist die Gesamtanlage auch bei weitem nicht mehr so günstig als wie in den Vormonaten.

Aus unserer Bewegung.

Secretariatsbezirk Nordhorn.

Die Betriebsrätekonferenz für den Secretariatsbezirk Nordhorn und Umgebung am 23. Jan. 1921 in **Calvesort** war von allen Ortsgruppen sehr stark besucht. Als Redner waren erschienen die Kollegen Bezirksleiter Heele-Kaaster und Arktiter-Alkine.

Gegen 5 Uhr wurde die Konferenz vom Vorsitzenden mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet und erteilte derselbe dann dem Gewerkschaftssekretär Krüster das Wort zu seinem Vortrage über **Deutschlands wirtschaftliche Lage** vor und nach dem Kriege. Redner führte etwa aus: „Deutschland ist früher kein Industriestaat gewesen, Deutschlands Aufstieg ist erst in den 80er Jahren gekommen. Demgegenüber steht, daß England 1788 schon Organisationsleiter hatte, ein Beweis, wie alt die Industrie in England ist. Es ist aber nicht zu verkennen, daß dort keine Industrie so schnell hochgekommen ist wie gerade die deutsche Industrie, denn vor dem Kriege war doch Deutschland Englands größte Konkurrent geworden. Wie lag die Textilindustrie in Deutschland nach dem Kriege am Boden? Heute haben wir zu verkennen, daß in England, Amerika, Frankreich und Holland Kurzarbeit eingeführt ist. Durch die Entwertung des deutschen Geldes ist die Textilindustrie in Deutschland noch mehr voll beschäftigt, durch Steigerung des Geldwertes wird auch eine Teile in unserer Textilindustrie auftreten, und dann erst können wir mit Recht sagen: Gott sei Dank, daß wir einen Tarif haben.“

Bezirksleiter Kollege Heele referierte dann über Betriebsrat, Arbeiterentlassung und Schlichtungsausschuss. Redner führte aus, daß bei Beurteilung eines Tarifes oder Betriebsrätegesetzes das Gemeinwohl des Volkes im Auge gehalten werden

muß, legte dann den § 74, Entlassung, klar und deutlich aus. Mitteilung des Arbeitgebers bei Entlassung an den Arbeiter- und Angehörigenrat genügt allein nicht, sondern er muß sich mit dem Arbeiter- und Angehörigenrat ins Benehmen setzen, d. h. durch Verhandlung eine Einigung zu erzielen versuchen. Redner gab dann gewisse Richtlinien an für die Einkürzung beim Kurzarbeit. Auch der § 84, Einspruch gegen Kündigung, wurde vom Kollegen Heele erörtert und viele praktische Winke gegeben.

Beide Referenten ernteten reiches Beifall. Aus der sich daran anschließenden Diskussion war zu entnehmen, daß alle gewillt waren, mitzuarbeiten an dem Aufbau Deutschlands und Ausbreitung des christlichen Verbandes. Der Vorsitzende dankte den Referenten und alle Teilnehmer und schloß die schon verlaufene Konferenz.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bergensstadt. Von einer regen gewerkschaftlichen Tätigkeit. Unsere Ortsgruppe hielt am 27. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem vom Kassierer abgegebenen Kassensbericht ist zu entnehmen, daß die Ortsgruppe am Schluß des vierten Quartals 450 Mitglieder zählte gegen 437 im dritten Quartal. Davon waren 101 männliche und 249 weibliche. Die Einnahmen für die Zentralkasse betragen 7580 M. An Unterstützungen wurden 400 M. ausgezahlt. Die Ortsgruppenkasse hatte einschließlich des Bestandes vom letzten Quartal eine Einnahme von 3610 M., die Ausgabe betrug 2250 M., sodaß am Quartalschluß ein Bestand von 1360 M. vorhanden war. Der auscheidende Vorsitzende, Kollege Karl Jäger, wurde einstimmig wiedergewählt, während Kollege Willmas als Schriftführer neugewählt wurde, ferner wurde der Vorstand noch durch einige Kollegen und Kolleginnen ergänzt. Hierauf gab Kollege Müller einen ausführlichen Bericht über den Stand der tariflichen Verhandlungen. Nachdem noch eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt wurde, wurde die gut besuchte Versammlung vom Kollegen Jäger geschlossen.

Eine weitere Versammlung für die auswärtigen Mitglieder sowie für Heimarbeiter fand am 30. Januar im Saale des in Wegeringhausen statt, welche unter der Leitung unseres abwesenden Vorsitzenden, Kollegen Flicht, stand. In derselben sprach Kollege Müller über „Organisations- und Tariffragen“. Die Versammlung nahm einen überaus schönen Verlauf. Zum Schluß dankten wir allen Kolleginnen und Kollegen für die treue Mitarbeit in dem abgelaufenen Jahr und bitten auch in dem begonnenen rührig für unseren Verband tätig zu sein.

Wiesfeld. Im kath. Vereinshaus fand am 23. Januar unsere Generalversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Kollege Heinemann gab einen interessanten Rückblick vom vergangenen Jahr. Im vergangenen Jahre fanden fünf Vorstands- und Vertrauens- und 12 Mitgliederversammlungen statt. Uebertritte vom Deutschen Verbande sind 28 zu verzeichnen. Mitgliederbestand 109. Bei der Vorstandswahl wurden neugewählt: erster Vorsitzender August Schäffer, zweiter Vorsitzender Simon Spranz. Wiedergewählt: erster Schriftführer August Reiner. Neugewählt: zweiter Schriftführer Fritz Spranz. Wiedergewählt: erster Kassierer Ferdinand Heinemann. Neugewählt: zweiter Kassierer Heinrich Heidemann. Sineu kamen drei Karteidelegierte. Wiedergewählt: Ehefrau Tögel. Neugewählt: Joseph Borten, Fritz Spranz. Der Vorsitzende dankte zugleich der Mitglieder für das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wurde.

Wesell. Unsere Ortsgruppe hielt am Montag abend im Saale des kath. Arbeitervereins ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zu Anfang derselben gedachte der Pastor der Versammlung der verstorbenen Verbandsmitglieder, deren Andenken durch Erhebung von den Sigen geehrt wurde. Der Geschäftsführer, welcher vom Geschäftsführer Kollegen Böing erklattet wurde, bot ein Bild regen gewerkschaftlichen Lebens. Im Laufe des Berichtsjahres hat die Zahl der Verbandsmitglieder weiter erheblich zugenommen, und sind zurzeit rund 3 1/2 tausend Textilarbeiter hier am Orte unserm Verbande angeschlossen. Auch in finanzieller Beziehung ist derselbe weiter erstarkt. Auf dem Gebiete des Tarifwesens ist der Verband erfolgreich tätig gewesen, aber große Aufgaben sind auf diesem Gebiete noch zu lösen. Deshalb heißt die Losung: „Nicht die Hände müßig in den Schoß legen, sondern eifrig mitarbeitender Mitglieder auch im neuen Jahre.“ Der Berichterstatter ging dann auf die verschiedenen Vorkommnisse im Berichtsjahre ein und unterzog dieselben einer scharfen Kritik. Er verwirklichte ganz besonders das Horcheben des Vorsitzenden des Kantonsausschusses der Betriebsrätezentrale der freien Gewerkschaften und des Aa-Bundes, welches zum großen Teile den Mitgliedern in der Kartoffelverjorgung mitverhuldet habe. Die Stadt muß in diesem Jahre an der Kartoffelverjorgung mehrere 100 000 M. zuziehen. Außerdem erleidet die Bevölkerung eines großen finanziellen Schaden. Redner rechtfertigte den Standpunkt der christlichen Gewerkschaften hier am Orte, die es seiner Zeit abgelehnt haben, sich an der Lebensmittel demonstration zu beteiligen. Die Arbeiterschaft möge jetzt selbst entscheiden, wer damals richtig gehandelt habe. Er forderte die Mitglieder auf, auch im neuen Jahre weiter treu zur Fahne zu halten und in der Verbandsarbeit nicht zu erlahmen. In der anschließenden Diskussion wurden die Ausführungen des Redners noch ergänzt und erweitert. Es wurde darauf hingewiesen, daß derselbe Herr, der im Herbst dem Arbeiter gesagt hätte, er müßte die Kartoffeln für 15 M. haben, selbst sich zu bedeutend höheren Preisen verkauft hätte. Hoffentlich würde derselbe jetzt praktischen Kommunismus üben und denjenigen, die keine Kartoffeln hätten, welche abgeben. Bei der nun getätigten Vorstandswahl wurde als 1. Vorsitzender Kollege Seiner Weidemann und zu weiteren Vorstandsmitgliedern die Kollegen H. Venning, Leonhard Strauch, Bernh. Fabrian, Franz Niekues und Rudolf Jost, sowie die Kolleginnen Johanna Wolbring, Katharina Venning, Gise Wevering und Maria Venning neu, resp. wiedergewählt. Als Revisoren wurden bestimmt die Kollegen Gerh. Seiner und Aug. Niekues. Dieselben nahmen die Wahl an. Dann hielt der Berichterstatter Kollege Heele aus Nordhorn einen längeren, von hoher Begeisterung getragenen Vortrag über: „Die Arbeit der christlichen Arbeiterbewegung“. Er wies auf den Ernst der gegenwärtigen Zeit hin, und forderte zur eifrigen Mitarbeit auf. Redner beifall zeigte, daß die Mitglieder seine Ausführungen voll zu würdigen verstanden. Mit einem kräftigen Schlussworte des Kollegen Weidemann wurde die in allen Teilen harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

Wuchan (Mittelsberg). Die am Montag, den 24. Januar, stattgehabte Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Die Tagesordnung, welche von Vorstand Gieseler bekanntgegeben, fand ihre glatte Erledigung. Der Kassensbericht ergab, daß im verfloffenen Geschäftsjahre an die Kartoffelkasse 3229,10 M. abgeliefert wurden; an Unterstützungen wurden 1152 M. ausgezahlt. Die Einnahmen der Ortsgruppenkasse betragen 617,93 M., Ausgaben 486,56 M., somit

